

Mehr als nur Geld

Deutschland hat seine Kriegsschulden gegenüber den Griechen nie richtig abgefolten

Die deutsche Regierung lehnt die griechischen Kriegsschuldenforderungen als erledigt ab. Doch Athens Ansprüche sind gar nicht so abwegig, wie dies Berlin gerne darstellt.

Von Silke Mertins, Berlin

Dem deutschen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) eilt der Ruf voraus, dass ihm oft Formulierungen aus dem Mund purzeln, über die er vorher nicht nachgedacht hat. Diese Woche war es wieder so weit. Als die griechische Regierung die Reparationsansprüche an Deutschland auf 278,7 Milliarden Euro bezifferte, machte der Vizekanzler seinem Ärger spontan Luft. Griechenland vermische die jetzige Schuldendebatte mit alten Forderungen, beklagte sich Gabriel. «Ich finde das ehrlich gesagt dumm.» Dumm? «Eine solche Wortwahl ist nicht nur unsensibel, sondern auch eine Beleidigung der Opfer», sagt Georgios Pappas, dem als Berlin-Korrespondent des griechischen Fernsehens die Aufgabe zukommt, die deutschen Positionen zu Hause zu vermitteln. «Das Oberlehrerhafte in der Diskussion passt nicht zu einem Thema, wo es um Greuelthaten geht.» Die schrecklichen Kriegserlebnisse unter der Nazi-Besatzung seien in Griechenland noch sehr lebendig.

Dumm ist die Debatte um deutsche Kriegsschulden aber auch deshalb nicht, weil Athens Reparationsansprüche juristisch längst nicht so erledigt sind, wie Berlin es gern glauben machen möchte. Vielmehr wurden sie schlicht nie endgültig geregelt. Beim Londoner Schuldenabkommen von 1953 wollte man der jungen Bundesrepublik die Chance geben, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Die Siegermächte gewährten Deutschland einen Zahlungsaufschub für die Kriegsschulden - bis zu einem Friedensvertrag.

Nie den Verzicht erklärt

Der 1990 unterzeichnete Zwei-plus-Vier-Vertrag besiegelt zwar die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bezeichnung «Friedensvertrag» wird jedoch in geradezu auffälliger Weise gemieden. Gleichzeitig argumentiert die Bundesregierung, die Zeit der Entschädigungen sei nun vorbei. «Hier ist zunächst einmal festzuhalten, dass bald 70 Jahre nach Kriegsende die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren hat», sagt ein Sprecher des Finanzministeriums.

Doch Griechenland war weder Unterzeichner des Zwei-plus-Vier-Vertrags, noch hat es seinen Verzicht erklärt. In einer Verbalnote



«Sich erst mit einem Moratorium von den Schulden befreien zu lassen und dann zu sagen, jetzt sei es zu spät, ist zynisch.»

Panayiota Mario hat das Massaker in Distomo überlebt. Hinter der Glasscheibe lagern die sterblichen Überreste ihrer Mutter. (Distomo, 10. 6. 2012)

der griechischen an die deutsche Regierung von 1995 heisst es sogar ausdrücklich, Athen habe «nicht auf seine Ansprüche auf Entschädigungen und Reparationen» verzichtet.

«Sich erst mit einem Moratorium von den Schulden befreien zu lassen und dann nach dessen Ablauf zu sagen, jetzt sei es aber zu spät, ist einfach nur zynisch», sagt der Völkerrechtler Andreas Fischer-Lescano, Direktor des Zentrums für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen. «Dieses Verhalten ist eines Rechtsstaates unwürdig.»

In einem aber liegt Gabriel richtig: Noch nie wurden die griechischen Forderungen so offensiv vertreten wie von der Regierung von Alexis Tsipras. Sie greift dabei geschickt auf Prozesse zurück, die lange vor ihrer Zeit in Gang gesetzt wurden. Auch die nun geforderten Reparationen in Höhe von 278,7 Milliarden Euro hat nicht die neue Koalition errechnet. Die Summe basiert auf Berichten aus den Jahren 2013 und 2014 des griechischen Rechnungshofes. 50 000 Dokumente haben Ex-

Eigene Deportation bezahlt

Die deutschen Besatzer verlangten 1943 von der jüdischen Gemeinde der griechischen Stadt Thessaloniki 3 Milliarden Drachmen, um ihre Zwangsarbeiter «freizukaufen». Weil sie die Summe nicht zusammenbekam, trat die Gemeinde sogar einen Friedhof ab, obwohl nach jüdischem Glauben die dauerhafte Totenruhe unantastbar ist. Doch retten konnte sie auch das nicht. Zwei Monate später mussten die fast 50 000 Juden sogar die eigene Deportation selbst bezahlen. Bis heute hat Deutschland der nur noch 2000 Mitglieder zählenden Gemeinde dieses Geld, etwa 20 bis 40 Millionen Euro, nicht zurückerstattet. «Dass Deutschland diese kleine Summe nicht in aller Stille beglichen hat, ist schändlich», sagt der deutsche Griechenland-Experte und Buchautor Eberhard Rondholz. (sme.)

perten dafür durchforstet. Die individuellen Opferansprüche sind in dieser Summe noch gar nicht enthalten. Deutschland hat bisher im Rahmen eines Globalabkommens lediglich 115 Millionen D-Mark für die Opfer von Unrecht der Nazis bezahlt. Juden, Partisanen, Kommunisten und andere politisch Verfolgte - oder ihre Angehörigen - bekamen 5 Mark pro Tag im Konzentrationslager. Beschämend wenig. Doch ganz leer aus gingen die Opfer der etwa 100 Dörfer, in denen Kriegsverbrechen verübt wurden. Die Nazis haben 1944 allein in dem Ort Distomo 218 Zivilisten massakriert.

Sicher nicht dumm

Die ins Spiel gebrachten 278,7 Milliarden Euro umfassen erst einmal nur die Kriegsschulden für die enorme Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur sowie Entschädigung für die geraubten Güter, vor allem Gold. Ein kleinerer Teil, etwa 7 bis 11 Milliarden Euro, steht für eine Zwangsanleihe, die die Nazis der griechischen Nationalbank 1942 abgepresst hatten. Diese Schulden wurden selbst vom NS-Regime anerkannt. Berlin behauptet, die Zwangsanleihe falle unter Reparationen, und die seien bereits erledigt. Juristen sehen das anders. Der Kredit sei eindeutig eine «vertragliche Forderung» und könne losgelöst von Entschädigungszahlungen eingeklagt werden, betont Völkerrechtler Fischer-Lescano.

Ausgerechnet der wissenschaftliche Dienst des Bundestages sieht das genauso: «Grundsätzlich wäre es für Griechenland völkerrechtlich zulässig, Ansprüche gegenüber Deutschland wegen der Zwangsanleihe von 1942 im Rahmen eines Verfahrens vor deutschen Gerichten zu erheben», heisst es in einem Gutachten von 2013. Dennoch ist es nicht einfach für Griechenland, die alte Schuld und Entschädigungen einzuklagen. Deutschland hat sich dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag zwar unterworfen, aber alles vor dem Jahr 2008 ausgenommen. Fischer-Lescano rät Griechenland deshalb, Deutschland aufzufordern, dem IGH die Streitfragen gemeinsam zur Klärung vorzulegen. Wenn die deutsche Regierung so sicher sei, recht zu haben, «wird ihr die Zustimmung sicher leichtfallen», sagt er. Ausserdem «wäre es auch ein wichtiger Schritt zur Versachlichung der Diskussion». Und das wäre sicher nicht dumm.

Schuldendienst

Niemand weiss, wie viel noch in der Kasse ist

Weil viele Griechen der Regierung misstrauen und ihre Steuern zurückbehalten, spitzt sich der Liquiditätsengpass in Athen zu.

Charlotte Jacquemart

Noch ist die Kasse nicht ganz leer: Am Donnerstag hat Griechenland pünktlich 466 Mio. € an den Internationalen Währungsfonds (IMF) zurückgezahlt. Doch ob die liquiden Mittel in Athen auch noch für die nächsten zwei Tranchen am 14. und 17. April ausreichen (siehe Tabelle), darüber rätseln Experten. Dann werden kurzfristige Staatsanleihen (T-Bills) fällig, die vor allem von griechischen Banken gehalten werden.

Geht den Griechen vor den nächsten Zahlungsterminen schon das Geld aus? «Das weiss kein Mensch, auch nicht die EU-Kommission und vermutlich nicht einmal die Griechen selbst», sagt Harald Preissler, Chefökonom der Bantleon Bank. «Das liegt daran, dass sie momentan täglich Steuereinnah-

men, Sozialversicherungsbeiträge und laufende Ausgaben kalkulieren und schauen müssen, dass sie den Tag überleben. Vermutlich überblickt man in Athen nur die jeweils nächsten Tage.»

Betreffend Liquidität kämpft die neue Regierung in Athen seit zwei Problemen: Zum einen haben viele Firmen und Private Ende Jahr im Vorgriff auf die vorgezogene Parlamentswahl und aus Angst vor einer linken Regierung ihre Steuerzahlungen zurückgehalten. Laut Bantleon lagen diese Ende 2014 etwa 4 Mrd. € unter dem angepeilten Niveau. Was dazu führte, dass Griechenland 2014 statt des prognostizierten 1,5% Primärüberschusses nur 0,3% erreichte. Der Primärüberschuss bedeutet: Einnahmen minus Ausgaben unter Ausklammerung der Zinszahlungen. Im Januar und Februar fehlten erneut 1,2 Mrd. € Steuereinnahmen. Das zweite Problem der Athener Regierung sind die Banken: Sie haben enorme Summen verloren, weil Bürger und Firmen sie wegen der

Drückende Schulden

Griechenlands Zahlungsverpflichtungen 2015 (in Millionen Euro)

14. 4.	Fälligkeit Staatsanleihen	1400
17. 4.	Fälligkeit Staatsanleihen	1000
30. 4.	Zinszahlungen Anleihen	286
8. 5.	Fälligkeit Staatsanleihen	1400
12. 5.	Rückzahlung IMF	779
15. 5.	Fälligkeit Staatsanleihen	1400
5. 6.	Rückzahlung IMF	312
12. 6.	Rückzahlung IMF	351
12. 6.	Fälligkeit Staatsanleihen	3600
16. 6.	Rückzahlung IMF	584
19. 6.	Rückzahlung IMF	351
30. 6.	Zinszahlungen Bonds	87
10. 7.	Rückzahlung Staatsanleihen	2000
13. 7.	Rückzahlung IMF	467
14. 7.	Rückzahlung Yen-Staatsanleihe	88
20. 7.	Rückzahlung Anleihe an EZB	3480
31. 7.	Zinszahlungen Anleihen	810
August		4401
September		3213
Oktober		641
Dezember		1247

Quelle: Bantleon

Harald Preissler



Der Chefökonom der Bantleon Bank verfolgt die Euro-Krise seit Beginn intensiv. Seine Bank ist auf Anleihen spezialisiert.

Unsicherheit rund um die Wahlen abgezogen haben. Betrug der Depositenbestand Ende November 2014 noch 172 Mrd. €, lag er im März noch bei 130 Mrd. €. «Die griechischen Banken überleben nur noch dank der EZB», sagt Preissler. «Wenn die den Stecker zieht, kollabiert das griechische Bankensystem. Das zeigt wie kaum etwas, dass Griechenland nicht mehr auf eigenen Füßen steht.»

Die Schwäche der Banken ist auch ein Problem für den Staat, weil die Banken auf Geheiss der EZB keine kurzfristigen Staatspapiere mehr kaufen dürfen.

Damit versiegt eine weitere Finanzierungsquelle für Athen.

Der Machtwechsel in Griechenland sei genau zur Unzeit gekommen, sagt Preissler. «Denn das Land hatte eben begonnen, sich zu erholen. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Lohnstückkosten sanken.» Trotzdem glaubt Preissler nicht an einen «Grexit», zumal Griechenland diesen nicht mehr autonom vollziehen könnte. «Die Griechen haben heute weniger denn je ein Interesse, aus dem Euro auszutreten. Das Land wäre völlig isoliert.»

Aber selbst der schlimmste Fall, der ungeordnete Austritt Griechenlands aus dem Euro, würde die Kapitalmärkte nicht mehr beeindrucken, glaubt der Chefökonom. «Es würde einen oder zwei Tage etwas rumpeln. Aber zu grossen Verwerfungen käme es nicht. Die Griechen haben zu viel Porzellan zerschlagen, auch bei Investoren, viele nervt das Thema nur noch. Man würde sagen, zum Glück ist das endlich vorbei. Ein Drama wäre es nur noch für die Griechen.»